25. 26. 11. 1976

71

R e d e

auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses - Bukarest 25./26. 11. 1976

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, allen Teilnehmern unserer Tagung die brüderlichen Grüße der Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik zu überbringen. / Unseren rumänischen Genossen und insbesondere Genossen Nicolae Ceausescu möchten wir für ihre große Gastfreundschaft und für die vorzüglichen Arbeitsmöglichkeiten, die sie geschaffen haben, sehr herzlich danken.

Die Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik ist erfreut, daß die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages entsprechend der getroffenen Vereinbarung einberufen wurde. / Ein Treffen auf dieser Ebene war herangereift. / Damit bietet sich die Gelegenheit, jene aktuellen Fragen des weiteren Kampfes für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu erörtern, die durch die internationale Entwicklung aufgeworfen wurden. /

Nach der Konferenz von Helsinki und der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien werden die Ergebnisse unserer Tagung zweifellos im Interesse der Festigung

der friedlichen Koexistenz, der Vertiefung der Entspannung
in Europa von großer Bedeutung sein. / Von Mal zu Mal hat die
internationale Öffentlichkeit, haben die Völker dem kollek-
tiven Standpunkt der sozialistischen Gemeinschaft größere
Beachtung gewidmet und unsere Entscheidungen bei der Fest-
legung ihrer Politik in Rechnung gestellt. / So ist es - des-
sen sind wir gewiß - auch dieses Mal.

Genosse Leonid Iljitsch Breschnew hat in hervorragender Weise
die Veränderungen analysiert, die sich gegenwärtig in der
internationalen Arena vollziehen. / Diese positiven Verände-
rungen wurden vor allem durch den ständigen Machtzuwachs der
Sowjetunion und unserer gesamten sozialistischen Staatenge-
meinschaft, durch ihre abgestimmte Außenpolitik bewirkt. / Es
ist deshalb das nationale Interesse jedes Landes und zu-
gleich unser gemeinsames Interesse, die allseitige Zusammen-
arbeit zwischen den Bruderländern ständig enger zu gestalten
und so die Kraft unserer Aktionen für einen stabilen Frieden
weiter zu erhöhen. / Mit der Organisation des Warschauer

Vertrages und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe be-
sitzen wir im Leben erprobte und bewährte Instrumente des
politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenwirkens/
/Die im Beschlußentwurf vorgesehene Bildung des Komitees der
Außenminister und des Vereinigten Sekretariats der Staaten
des Warschauer Vertrages begrüßen wir als einen sehr nütz-
lichen und dem Stand unserer Zusammenarbeit gemäßen Schritt.

Unsere volle Zustimmung findet der Entwurf der Deklaration
"Für neue Ergebnisse in der internationalen Entspannung, für
ein neues Antlitz Europas". /Damit behalten wir die Initiati-
ve in den Grundfragen des Kampfes um Frieden, um die Vertie-
fung der Entspannung, um Sicherheit und gegenseitig vorteil-
hafte Zusammenarbeit auf unserem Kontinent fest in der Hand
und entwickeln sie weiter. /Die Deutsche Demokratische Repu-
blik wird wie bisher ihren konstruktiven Beitrag zur Durch-
setzung dieser Ziele leisten.

Trotz aller Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der Lage

bleibt die Entspannung die Haupttendenz der internationalen
Entwicklung. / Durch das europäische Vertragswerk und den Erfolg der Konferenz von Helsinki wurde für die Sache der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein Gewinn von historischer Tragweite erzielt.
/ Die territorialen und politischen Realitäten, die sich im
Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwick-
lung herausgebildet haben, fanden ihre multilaterale völker-
rechtliche Bestätigung. / Mit dem Prinzipienkodex von Helsinki wurde ein beständiges Fundament für die Gestaltung eines friedlichen Europa geschaffen. / Unser Kontinent hat begonnen, eine gänzlich andere Rolle im internationalen Leben zu spielen als in der Vergangenheit, da imperialistische Aggressions-
politik verheerende Weltkriege auslöste. / Wenn es gelingt,
den hinter uns liegenden Friedensjahrzehnten weitere hinzu-
zufügen, dann wird das für die internationale Entwicklung im
Interesse des Friedens und des menschlichen Fortschritts eine
nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung haben.

Wie die Erfahrungen zeigen, wirkt sich der konstruktive und

reale Charakter der in Europa geschlossenen zwischenstaatlichen Vereinbarungen bereits heute auf die internationalen Beziehungen sehr günstig aus. / Es ist gelungen, bei der Lösung nicht weniger Fragen, die während des kalten Krieges das Leben der Völker unseres Kontinents verdunkelt hatten, bedeutende Fortschritte zu erreichen. / Damit wurden sowohl die Zweckmäßigkeit als auch die Möglichkeiten der Entspannung überzeugend bewiesen. / Bestätigt hat sich auch unsere Einschätzung, daß dieser Prozeß objektive Grundlagen hat, deren wichtigste die politische, ökonomische und militärische Macht des Sozialismus, das gemeinsame Handeln der sozialistischen Bruderländer sind.

Dabei übersehen wir nicht, daß dieser Prozeß noch ernsten Belastungen ausgesetzt ist. / Nach der Konferenz von Helsinki haben jene imperialistischen Kräfte, die sich schon vorher der Politik der friedlichen Koexistenz in den Weg stellten, ihren Widerstand verstärkt und sind zu massiven Gegenangriffen übergegangen. / Sie geben offen zu erkennen, daß sie

angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus den friedlichen Wettstreit der Systeme fürchten und sich von einer Rückkehr zum kalten Krieg größere Chancen in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus versprechen. / Sie unternehmen - wie im vorliegenden Entwurf der Deklaration mit aller notwendigen Deutlichkeit festgestellt wird - wüste Attacken gegen die territorialen und politischen Realitäten, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet haben. / Sie betrachten keinesfalls die Prinzipien, die in Helsinki ausgearbeitet und beschlossen wurden und die den Erfordernissen des Friedens entsprechen, als ein ständiges Fundament der Beziehungen zwischen den Staaten. / Sie reden vom Frieden und bereiten den Krieg vor. / Im Zusammenhang damit steht auch das Anwachsen der Rechtstendenzen in einigen kapitalistischen Staaten, die der Entspannung und ihrer weiteren Ausdehnung entgegenwirken. / Auf militärischem Gebiet heizen maßgebliche Kreise der imperialistischen Staaten das Wettrüsten an. / Mit der angeblichen "Bedrohung aus dem Osten" versuchen sie, die forcierte Aufrüstung der NATO zu rechtfertigen.

In Angola, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt
lösten diese Kräfte blutige Auseinandersetzungen aus. / In
Lateinamerika erhöhen sie ihre Anstrengungen, einen faschi-
stischen Staatenblock zusammenzuzimmern. / Im südatlantischen
Raum, im Indischen Ozean und in Afrika versuchen sie zu in-
tervenieren, die NATO direkt ins Spiel zu bringen und neue
Kriegspakte zu schaffen. / Auf politischem und diplomatischem
Gebiet starten diese Kräfte immer neue Versuche, die in den
Abkommen eingegangenen Verpflichtungen durch vertragswidrige
Interpretationen zu unterlaufen, die Schlußakte von Helsinki
selektiv auszulegen und für ihre entspannungsfeindlichen
Ziele zu verfälschen. / Das führt immer wieder zu gefährlichen
Zuspitzungen, die entschlossenes und zugleich besonnenes
und flexibles Handeln unsererseits notwendig machen. / Die
Deutsche Demokratische Republik steht durch ihre geographi-
sche und politische Lage, man kann sagen täglich, vor dieser
Situation. / Dabei sind unsere jeweiligen Schritte von der
koordinierten Außenpolitik unserer brüderlichen Gemeinschaft
und von den nationalen Friedens- und Sicherheitsinteressen
unseres Volkes, unseres sozialistischen Aufbaus bestimmt.

In gesteigertem Maße verschärfen einflußreiche Kräfte in den imperialistischen Staaten den Antikommunismus in allen seinen Varianten, besonders den Antisowjetismus. Das ist die ideologische Plattform ihres Kampfes gegen die Entspannung.

Als legitimes Recht geben sie ihre direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wie Portugal, Italien oder Frankreich, aus.

Der von Genossen Leonid Iljitsch Breschnew gegebenen Einschätzung der Politik der imperialistischen Hauptländer und den Schlußfolgerungen für die Beziehungen der sozialistischen Staaten zu diesen Ländern stimmen wir zu. Auch nach unserer Erfahrung verläuft die Entwicklung der Beziehungen zu diesen Staaten trotz mancher noch bestehender Hemmnisse im allgemeinen positiv. Mit etwa 20 Teilnehmerstaaten der europäischen Sicherheitskonferenz hat die Deutsche Demokratische Republik seit dem Treffen von Helsinki 45 Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen. Gegenwärtig sind Verhandlungen über weitere 40 Abkommen im Gange. Von besonderer Bedeutung für die Normalisierung der Beziehungen der Deutschen